



## Buchbesprechungen

### *Den Kapitalismus bändigen*

Bernhard Emunds, Hans Günther Hockerts (Hg.): *Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2015, 276 S., ISBN 978-3-506-78117-8.

Die beiden Herausgeber stellen in ihrer Einleitung den Band vor und versuchen das Denken Nell-Breunings aktuell einzuordnen. Im ersten Beitrag analysiert der Sozialethiker Hermann-Josef Große-Kracht den Kapitalismus-Begriff bei Nell-Breuning. Dem schließt sich das Korreferat des Soziologen Berthold Vogel an, der für Nell-Breuning ein tendenziell eher harmonisches als konfliktives Gesellschaftsverständnis konstatiert.

Der Zeithistoriker Hockerts behandelt die Problematik der Vermögensverteilung an Produktionsmitteln und die Idee des Investivlohns. Hockerts macht deutlich, dass die Vorstellungen vom Investivlohn nicht nur auf Vorbehalte im Unternehmerlager stießen, sondern entschieden von der größten und einflussreichsten Gewerkschaft, der IG-Metall, abgelehnt wurden. Nell-Breuning selbst maß ab Mitte der 1960er Jahre den ausgebauten sozialen Sicherungssystemen und der Mitbestimmung größere Bedeutung bei als der Vermögensbildung. Der Sozialethiker Emunds setzt Nell-Breunings Überlegungen in Beziehung zum Bestseller von Piketty. Emunds hält den Lösungsansatz Nell-Breunings zur Korrektur der Vermögensverteilung durch Investivlohn nicht mehr für zeitgemäß, sondern plädiert wie Piketty für eine schärfere Besteuerung.

Anschließend stellt der Theologe Jonas Hagedorn den Einstellungswandel Nell-Breunings zur Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer he-



raus und unterstreicht dabei verschiedene Phasen der Weiterentwicklung seiner Forderungen, vor allem bis hin zu einer umfassenden Neuordnung der Unternehmensverfassung. Friedhelm Hengsbach diskutiert Erfahrungen mit der Mitbestimmung und neuere Herausforderungen, z. B. die Internationalisierung der Konzerne und die Beteiligung ausländischer Mitarbeiter sowie die Institutionalisierung von Umweltinteressen in Unternehmensorganen.

Die Frage der gerechten Entlohnung der menschlichen Arbeit thematisiert der Historiker Dietmar Süß. Bei Nell-Breuning steht das „männliche Ernährer-Modell“ der Familie im Vordergrund, so dass ein „gerechter Lohn“ nicht nur der Versorgung einer Einzelperson dient, sondern für eine Familie ausreichen muss. Später wendet sich Nell-Breuning auch der nichtkommerziellen Arbeit im Haushalt und dem Ehrenamt zu und plädiert angesichts der hohen Arbeitslosigkeit der

1980er Jahre für eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht.

Die Soziologin Ilona Ostner thematisiert das Themenfeld „Arbeit, Lohn, Familie“. Ostner betont, dass Feminismus zur Reduktion von Arbeit auf Erwerbsarbeit beigetragen habe. Sie kritisiert den Ersatz von Sorgearbeit durch „Care“ im öffentlichen Diskurs. Radikale Feministinnen weisen die Wahlfreiheit für Frauen zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit zurück. Ostner kritisiert die gegenwärtige einseitige gesellschaftspolitische Orientierung in Deutschland auf das Haushaltsmodell von zwei Voll-Zeit-Erwerbstätigen.

Der Sozialethiker Arnd Küppers verhandelt die Bedeutung der Tarifautonomie bei Nell-Breuning. Ähnlich wie bei der Mitbestimmungsfrage hat sich Nell-Breunings Position seit der Weimarer Republik stark verändert. Dort war wegen der Möglichkeit der staatlichen Zwangschlichtung keine echte Tarifpartnerschaft begründet worden. In Nell-Breunings Konzeption der berufsständischen Ordnung sollten freie Gewerkschaften bestehen können. In der Nachkriegszeit trat er für eine am Gemeinwohl orientierte Lohnfindung ein. Während Küppers bei Nell-Breuning eine Entwicklung hin zur Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft sieht, betonen andere Beiträge seine anhaltende Distanz.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder ergänzt Überlegungen zur Tarifautonomie angesichts gegenwärtiger Herausforderungen, wie sie sich durch die Globalisierung nach Ende des Ost-West-Konflikts ergeben haben. Arbeitgeber bedienen sich nicht mehr des Instruments der Aussperrung, um Gewerkschaftsforderungen entgegen zu treten, sondern ein Teil der Arbeitgeber entweicht dem Tarifsystem, indem sie den Arbeitgeber-

verbänden nur noch als Mitglied ohne Tarifbindung (OT) angehören. Ebenso ist es zu einem radikalen Umbruch der Gewerkschaftslandschaft gekommen, indem durch verschiedene Zusammenschlüsse nun lediglich noch drei (IG-Metall, IG Chemie, Verdi) der verbleibenden acht DGB-Gewerkschaften 75 % der Mitglieder repräsentieren. Außerhalb des DGB haben Berufsgewerkschaften hohe Bedeutung erlangt (Piloten, Lokführer, Ärzte etc.). Konfliktlinien zwischen DGB-Gewerkschaften wurden etwa deutlich, als die IG-Metall und die IG-Chemie einen gesetzlichen Mindestlohn zunächst ablehnten, während er von ver.di befürwortet wurde. Außerdem wird das kirchliche Arbeitsrecht kurz erwähnt.

Die Historikerin Kuller behandelt die Problematik der Drei-Generationen-Solidarität. Während Nell-Breuning sich vor dem Zweiten Weltkrieg noch kritisch zur Sozialversicherung geäußert hatte, war er wichtiger Verfechter der Rentenreform von 1957. Angesichts der demographischen Entwicklung hat sich Nell-Breuning noch im Alter von fast 90 Jahren mit der Weiterentwicklung der Rentenversicherung auseinandergesetzt. Dieser Beitrag wird von dem Soziologen Franz-Xaver Kaufmann ergänzt. Kaufmann weist darauf hin, dass Beamte, Selbstständige, Versicherte in berufsständischen Versorgungswerken (z. B. Ärzte) nicht in den Solidaritätsverbund der Rentenversicherung einbezogen sind. Das gleiche gelte für die höheren Einkommen von Angestellten jenseits der Bemessungsgrenze. Kaufmann plädiert für eine gesellschaft-

liche Sicherung des Humanvermögens an Stelle der Drei-Generationen-Solidarität.

Der Historiker Winfried Süß greift das Thema „Die Arbeitsgesellschaft ordnen“ auf. Für Nell-Breuning war „Sozialpolitik“ pragmatischer „Reparaturbetrieb“ und daher zu unterscheiden von einer Sozial- oder Gesellschaftsreform. In diesem Grundlagenbeitrag werden die Prägnanz, Methodik und Wandlungsprozesse von Nell-Breunings Denken herausgestrichen.

Der Beitrag wird durch den Sozialethiker Matthias Möhring-Hesse ergänzt, der normative Fundamente des Sozialstaates mit den Zentralbegriffen „Solidarität“ und „Subsidiarität“ fundiert. Über Nell-Breuning hinausgehend weist Möhring-Hesse dem Sozialstaat einen unverzichtbaren Stellenwert für die moderne Industriegesellschaft zu. Möhring-Hesse problematisiert einige neuere sozialstaatliche Entwicklungen (Agenda 2010) und plädiert selbst für eine normativ anspruchsvolle Solidarität als Grundlage des Sozialstaats.

Den Abschluss bildet ein Beitrag des evangelischen Sozialethikers Traugott Jähnichen, der die Bedeutung Nell-Breunings aus protestantischer Sicht schildert. Er würdigt die weniger staatszentrierte Position im Vergleich zu protestantischen Vorstellungen, sowie die Kritik Nell-Breunings an ordoliberalen Vorstellungen, nur marktconforme Steuerungselemente zuzulassen zu wollen. Er meint einige „antiliberaler Affekte“ in Nell-Breunings Position, etwa zu Handel oder in Finanzmärkten, feststellen zu können.

Der Band ist sehr lesenswert, weil er die Haltung Nell-Breunings und manche Wandlungsprozesse in seinem mehr als hundert Jahre dauernden Leben präzise aufzeigt und damit seine Bedeutung als „Nestor“ der katholischen Soziallehre erschließt. Auf wichtige Beiträge Nell-Breunings, etwa zum Bodenrecht, zur Wohnungsfrage oder zu Finanzmärkten, wird dagegen nicht eingegangen. Es ist reizvoll, zu den einzelnen Themen jeweils den zweiten Beitrag zu lesen, in dem die Thematik Nell-Breunings im Hinblick auf aktuelle Fragestellungen fortgeschrieben wird. Diese Beiträge können zu weiterführenden Diskursen wichtige Anstöße geben.

Kritisch ist anzumerken, dass nicht eingehend thematisiert wird, ob der Blick Nell-Breunings auf die Gesellschaft nicht von der Sozialstruktur der Weimarer Republik mit einem hohen Anteil ungelernter Arbeit geprägt wurde, während die Arbeitnehmer sich in der Nachkriegszeit nach 1945 immer höher qualifizierten, sie also in großen Ausmaß „Humankapital“ erworben haben, was den Gegensatz von „Arbeit“ und „Kapital“ sowie die damit unterstellte Machtperspektive obsolet werden lässt. Der Erwerb von beruflicher Qualifikation ist demnach für die Arbeitnehmer wichtiger als die Beteiligung am Produktionsmitteleigentum. Eine solche Interpretation hätte Konsequenzen für die Rolle und Bewertung von Produktionsmitteleigentum, Gewerkschaften und Mitbestimmung.

*Joachim Wiemeyer, Bochum*

### Der Dritte Weg

*Traugott Jähnichen, Johannes Rehm (Hg.): Dritter Weg? Arbeitsbeziehungen in Kirche und Diakonie (Jahrbuch Sozialer Protestantismus 8), Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2015, 356 S., ISBN 978-3-579-08057-4.*

Im Lauf des 20. Jahrhunderts, besonders aber nach dem II. Weltkrieg, haben die

Kirchen in Deutschland in immer größerer Zahl reguläre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Kirchliches Personal besteht längst nicht mehr „nur“ aus Ordinierten oder Ordensleuten oder auch Theologinnen und Theologen. Insbesondere Verwaltungsberufe und vielfältige Professionen im Feld von Caritas und Diakonie machen mittlerweile die große Mehrheit

des Personals aus. Wie steht es da um das kirchliche Arbeitsrecht mit seinen Besonderheiten in einer sich säkular verstehenden Gesellschaft? Die Frage betrifft trotz Unterschieden in Details katholische wie evangelische Kirche gleichermaßen.

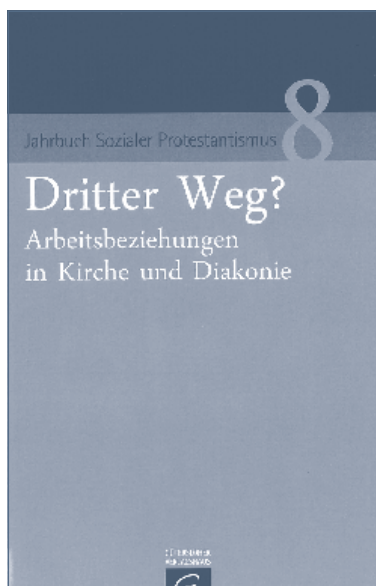
In jüngster Vergangenheit gab es dazu viele kontroverse Diskussionen und einige relevante rechtliche Entwicklungen.



Das Bundesarbeitsgericht gab am 8.9.2011 der Kündigungsschutzklage des ehemaligen Chefarztes eines katholischen Krankenhauses in Düsseldorf nach seiner Wiederheirat Recht und entschied am 20.11.2012 zum Streikverbot für kirchliche Mitarbeiter/innen, dass Kirchliches Selbstbestimmungsrecht und Koalitionsfreiheit der Mitarbeiter/innen nebeneinander bestehen. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts widersprach in seinem Beschluss vom 22.10.2014 dem Urteil des BAG von 2011 und führte seine bisherige Rechtsauffassung fort, dass allein die jeweilige Kirche entscheide, welche Loyalitätsobliegenheiten für ihre (kirchlichen) Arbeitsverhältnisse von Bedeutung sind und welche nicht. Am 27.04.2015 beschloss die Deutsche Bischofskonferenz (dennoch) eine Novelle der „Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse“ mit gewissen Lockerungen.

Im Kontext dieser arbeitsrechtlichen Entwicklungen im Bereich des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Kirche(n) in Deutschland stehen auch die Diskussionen um den „Dritten Weg“, insbesondere nach seiner Bestätigung durch das BAG-Urteil von 2012, das gleichzeitig die verfassungsrechtlich garantierte Koalitionsfreiheit der Mitarbeitenden ins Feld führt, um dieses Selbstbestimmungsrecht zu begrenzen. In der Konsequenz sind die Gewerkschaften einzubeziehen in die konsensualen Regelungen des Dritten Weges in dessen gemeinsamen, paritätisch besetzten Kommissionen. Der „Dritte Weg“ stellt die Alternative der kirchlichen Selbstbestimmung dar zu einseitigen Festlegungen von Arbeitsbedingungen durch die Leitung (1. Weg) und zur Tariffindung in Arbeitnehmermitbestimmung durch Arbeitskämpfe incl. Aussperrungen und Streiks (2. Weg).

Der vorliegende Band 8 des Jahrbuch Sozialer Protestantismus diskutiert den Dritten Weg v.a. nach dem BAG-Urteil von 2012 aus verschiedenen (Akteur-) Perspektiven, für die insbesondere evangelisch-diakonische Stimmen, aber auch



Verdi-Vertreter, Arbeitsrechtler und Politiker/innen zu Wort kommen. In dieser knappen Rezension können sie nicht alle referiert oder gar diskutiert werden.

Exemplarisch von besonderem Interesse ist u.a. der Beitrag des Heidelberger Diakoniewissenschaftlers Johannes Eurich zusammen mit André Ritter über „Interkulturelle und interreligiöse Öffnung als Herausforderung für die Gestaltung diakonischer Arbeitsverhältnisse“ (87–110). Über dieses Thema mit seinen vielfältigen Implikationen zumal mit Blick auf die Frage einfordersamer Loyalitätsobliegenheiten und der kirchlichen Identität der Dienste und Einrichtungen wurde auch in der Deutschen Bischofskonferenz und ihrer Kommission XIII für caritative Fragen viele Jahre diskutiert, bis die deutschen Bischöfe am 28.04.2014 ihre Position veröffentlichten: „Das katholische Profil caritativer Dienste und Einrichtungen in der pluralen Gesellschaft“ (Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Die deutschen Bischöfe, 98).

Eurich und Ritter gehen auf das katholische Papier nicht ein, das ihnen wohl auch noch nicht vorlag; gemeinsam ist jedoch die Sicht, dass Interkulturalität eine Chance und Herausforderung für die Kirche mit ihrer Caritas bzw. Diakonie darstellt, nicht zuletzt in

der Begründung von Arbeitsverhältnissen. Vier Aspekte erscheinen Eurich und Ritter für die anstehenden Fragen zentral: 1) das eigene und eigenständige Profil der kirchlichen Diakonie (vgl. den Titel des Papiers der dt. Bischöfe!), 2) der multikulturelle und multireligiöse Kontext der (diakonischen) Sozial- und Bildungsarbeit, 3) die persönliche Haltung und Orientierung der jeweils Mitarbeitenden, 4) die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen (vgl. 102). Die Dienstgemeinschaft ist nicht nur „für andere“ da, sondern werde immer mehr auch eine „mit anderen“. Das konfessionsgebundene Profil der Einrichtungen gelte es zu wahren und zu stärken und zugleich den unterschiedlichen Überzeugungen der Mitarbeitenden „gerecht“ zu werden. Dafür sieht etwa der sog. „Brüsseler Kreis“ (vgl. Haas/Starnitzke [Hrsg.] Identität und Diversität, Stuttgart 2015) die Unternehmen selbst in Verantwortung in Sachen Organisations-, Qualitäts- und Personalentwicklung (vgl. 108). Ob „die interkulturelle bzw. interreligiöse Öffnung auch für Leitungspositionen gelten soll oder hier die Loyalitäts-Richtlinie Voraussetzung bleibt“ (109), müsse jedoch erst noch intensiv diskutiert werden; jedenfalls könne auf eine Zustimmung zur Kirchlichkeit der Einrichtung seitens der Mitarbeitenden einschließlich ihrer ausformulierten christlichen Grundlagen nicht verzichtet werden: „Denn das christliche Profil einer Einrichtung kann nicht gegen die Mitarbeitenden, sondern nur gemeinsam mit ihnen umgesetzt werden, zumal die Mitarbeitenden die zentrale Stelle im Kontakt mit den Kunden bilden, in dem das christliche Profil bewährt werden muss.“ (98f)

Um jedoch Missverständnisse zu vermeiden, stellen Eurich und Ritter klar: „Nicht jeder Mitarbeiter muss eine christliche Überzeugung widerspiegeln, damit eine Organisation eine diakonische Identität ausbilden kann, aber die Mitarbeitenden müssen die christliche Ausrichtung der Organisation bejahen, auch wenn sie selbst nicht in gleicher Weise religiös sind, und es braucht unabdingbar auch solche

Mitarbeitende in genügender Anzahl, die glaubwürdig ihren christlichen Glauben einbringen, auch wenn dies nicht als Voraussetzung an jeden Mitarbeitenden gestellt werden kann.“ (99) Wann diese genügende Anzahl erreicht oder unterlaufen wird oder wie favorisierte, weitere Abstufungen der Loyalitäts-Richtlinien (vgl. 100) aussehen sollten, konkretisieren sie in ihrem sehr ausgewogenen Diskussionsbeitrag nicht näher.

Den Herausgebern Jähnichen und Rehm ist es gelungen, einen facettenreichen Band von hoher aktueller Relevanz auf den Weg zu bringen. Eine ökumenische Weitung gerade dieses Jahrbuches des Sozialen Protestantismus wäre wünschenswert und wohl auch gut realisierbar gewesen. Eher „(typisch?) katholische“ Problemstellungen oder auch Errungenschaften wie die 2013 durchgeführte Erhebung des DCV zur Über-

nahme der Grundordnung durch „katholische Einrichtungen“ (nach dem Kolping-Urteil der Apostolischen Signatur vom 31.03.2010) und die besonders hohe Tarifdeckung im Bereich des DCV finden darum keine Behandlung in diesem gleichwohl sehr lesenswerten und instruktiven Sammelband.

*Klaus Baumann, Freiburg*

### *Das Europaverständnis christlicher Kirchen*

*Lazaros Miliopoulos: Das Europaverständnis christlicher Kirchen im Zuge der Europäisierung: Ein Konvergenzprozess? Paderborn: Schöningh 2015, 357 S., ISBN 978-3-506-77993-9.*

Es handelt sich bei dem Bd. um eine politikwissenschaftliche Habilitationsschrift, die 2014 an der Universität Bonn angenommen wurde. Für die Veröffentlichung wurde der Text vor allem dahingehend aktualisiert, dass einige Ansprachen von Papst Franziskus (zum Teil fälschlicherweise als Franziskus I. bezeichnet) ergänzend aufgenommen wurden.

Da das Erkenntnisinteresse in dem Europaverständnis christlicher Kirchen liegt und es die Absicht ist, gleichgewichtig verschiedene christliche Konfessionen zu berücksichtigen, beschränkt sich die Untersuchung auf zwei Zeiträume, nämlich 1993 (Inkrafttreten Maastrichter Vertrag) bis 2005 und 2005 bis 2013. Der Untersuchungsbeginn ist auch dadurch bedingt, dass erst seit Beginn der 1990er Jahre nach Ende des Kommunismus orthodoxe Kirchen ihre Positionen frei entwickeln und entfalten können. Dies gilt vor allem für die russisch-orthodoxe Kirche, welcher in dem Bd. neben dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus von Konstantinopel breiter Raum eingeräumt wird. Die Zäsur 2005 wird mit dem in diesem Jahr gescheiterten Vorhaben des Verfassungsvertrages begründet. Faktisch behandelt der Bd. die Entwicklung des Europaverständnisses in der Ortho-



doxie, bei Katholiken und mit geringer Aufmerksamkeit bei Protestanten, während die anglikanische Kirche ausdrücklich nicht zu Wort kommt, obwohl diese wegen der Austrittsdebatte in Großbritannien aktuell von Interesse wäre.

Zunächst wird herausgestellt, dass „Europa“ durch Zusammenschlüsse, institutionelle Vertretungen in Brüssel und eine wachsende Anzahl von Stellungnahmen zunehmend kirchliche Bedeutung gewonnen hat. Stellungnahmen gibt es u. a. zu verschiedenen Aspekten des europäischen Selbstverständnisses („christliches Abendland“) sowie zu Grundsatzfragen des europäischen Zusammenschlusses (Gottesbezug in EU-Verfassung), zur

Rechtsstellung christlicher Kirchen im Europarecht und zu Einzelthemen der europäischen Politik (z. B. Migrationspolitik, Wirtschafts- und Sozialunion, Embryonenforschung etc.). Methodisch wird so vorgegangen, dass verschiedene Zugangsweisen zu Europa thematisiert und anschließend Texten christlicher Kirchen zugeordnet werden. Dabei ist aber problematisch, wenn Grußworten, Gelegenheitsansprachen oder Predigten – z. B. von Johannes Paul II. – ein identischer Stellenwert zuerkannt wird, wie bischöfliche Stellungnahmen, die von Expertengruppen vorbereitetet sowie eingehend diskutiert und differenziert wurden.

Hinsichtlich der religionsrechtlichen Positionen wird herausgestellt, dass ein Laizismus französischer Prägung abgelehnt wird. Stattdessen plädiert der Verfasser für ein Modell, das die Trennung zwischen Kirche und Staat mit der Anerkennung der öffentlichen Stellung der Kirchen verbindet und kirchliche Kooperation mit den Staaten in verschiedenen Aufgabenfeldern zulässt.

Für das Pontifikat von Papst Benedikt wird herausgearbeitet, dass die Zusammenarbeit mit der Orthodoxie intensiviert und Gemeinsamkeiten herausgestellt wurden (z. B. Verteidigung des traditionellen Verständnisses von Ehe- und Familie). Dabei erhält eine eher pessimistische Deutung der Entwicklung der westeuropäischen Länder Raum. Kardinal Marx als COMECE-Vorsitzender deutet die europäische Freiheits-





geschichte seit der französischen Revolution sehr viel offener. Auf Veranlassung des Ökumenischen Patriarchen zeigt sich die Kath. Kirche gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei aufgeschlossen.

Knapp wird abschließend auf das Verhalten der Kirchen zur Finanz- und Eurokrise seit 2008 eingegangen.

Der Bd. informiert gut über Unterschiede und Gemeinsamkeiten christlicher Kirchen. Während sich die orthodoxen Kirchen in den EU-Mitgliedsstaaten den europäischen Grundlagen hinsichtlich demokratischer, rechtsstaatlicher und pluraler Prinzipien – wenn auch teilweise widerstrebend – geöffnet haben, fällt die Sonderstellung der russisch-orthodoxen Kirche ins Auge. Das Außen-

amt der russischen Kirche schaltet sich durch seinen Chef Hilarios selbst innerhalb der Europäischen Union in die Dialogprozesse ein. Es wird entsprechend Stellung bezogen, indem moderne Gesellschaften (einschließlich der Religionsfreiheit) als relativistisch und säkularistisch abgelehnt werden. Deutlich werden Unterschiede zwischen Orthodoxie und protestantischen Kirchen im Verständnis von Pluralismus in einer modernen Gesellschaft herausgestellt. Besonders wird die Problematik thematisiert, ob in der Orthodoxie Nation, Ethnie und Religion entkoppelt werden können – eine Thematik, die auch im katholischen Kontext (Polen, Irland, Kroatien) relevant ist und der im Kontext der Aufnahmebe-

reitschaft von muslimischen Flüchtlingen gegenwärtig eine besondere Bedeutung zukommt.

Erstaunlich für eine politikwissenschaftliche Habilitationsschrift ist das Fazit. Hier finden sich eher theologische Reflexionen, aber kaum sozialwissenschaftliche Analysen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht hätte gefragt werden können, ob und wie christliche Kirchen bei einem Ausweg aus den verschiedenen europäischen Krisen hilfreich sein könnten und welche Rolle sie dabei im Verhältnis zu anderen Akteuren (nationale Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmen, Parteien etc.) einnehmen.

*Joachim Wiemeyer, Bochum*

## *Pflege-Ausbeutung in den eigenen vier Wänden*

*Bernhard Emunds: Damit es Oma geht. Frankfurt/Main: Westend Verlag 2016, 224 S., ISBN 978-3-86489-129-8.*

Das vorliegende Buch setzt sich mit einem aus sozialpolitischer und gesellschaftlicher Sicht hochsensiblen Thema, den ost- und südeuropäischen Arbeitnehmerinnen, die in deutschen Privathaushalten Pflegearbeit leisten – den sogenannten „Live-In-Pflegekräften“ – auseinander. Es weist hier auf die Entwicklung einer prekären Form von Erwerbsarbeit in Deutschland hin, stellt deren verschiedene Facetten sowie die Perspektive der Angehörigen dar und hinterfragt kritisch die Rahmen- und Beschäftigungsbedingungen der 24-Stunden-Kräfte. Fragen wie: „*Wo macht Erwerbsarbeit Menschen krank, wo nimmt sie ihnen die Luft zum Leben? Welche Formen der Erwerbstätigkeit erschließen denen, die arbeiten, dagegen gute Chancen der persönlichen Entfaltung und der gesellschaftlichen Beteiligung? Wie kann die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht organisiert werden?*“ (S. 13) sind zentral für die kirchlichen Sozialtraditionen, denen sich Emunds verbunden fühlt und hinter de-



nen die Einsicht steht, dass eine gerechte Arbeitsorganisation der Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft ist (S. 13). Dabei rückt die Qualität der Erwerbsarbeit der Live-In-Kräfte in den Fokus. Emunds unterzieht sie einer Bewertung nach den ethischen Mindeststandards, den Kriterien gerechter und menschenwürdiger Arbeit. Auf Grundlage der gewonnenen

Erkenntnisse formuliert er Handlungsempfehlungen und Forderungen, vor allem an die deutsche Politik.

Das Buch entstand als Teil des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten und am Nell-Breuning-Institut in zwei Stufen durchgeführten Forschungsprojektes „Ausländische Pflegekräfte in Privathaushalten“. Der Abschlussbericht der ersten Stufe des Projektes (2011/2012) – eine kleine empirische Studie – lieferte viele Konzepte und Einschätzungen für dieses Buch. Ebenso flossen Erfahrungen aus seiner Studie „Wen kümmert die Sorgearbeit? Gerechte Arbeitsplätze in Privathaushalten“ mit ein. Diese wurde 2014/2015 durch die von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragte interdisziplinäre Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ erarbeitet. Als Projektleiter profitierte Emunds von den in diesem Gremium geführten Debatten sowie von den dort vertretenen Kompetenzen und Expertisen der Mitglieder und vom inhaltlichen Austausch mit der Projektmitarbeiterin. Zentrale Passagen des Kapitels fünf sind auf diese Zusammenarbeit zurückzuführen.



In acht Kapiteln schlägt Emunds einen weiten Bogen:

- von den persönlichen Motiven der Live-In-Pflegkräfte aus Mittel- und Osteuropa für die Aufnahme der 24-Stunden-Pflege und
- den gesellschaftlichen Gründen für die Entwicklung der prekären Erwerbsarbeit
- über die Vermittlungspraxis und den damit verbundenen Beschäftigungsstatus „regulär/irregulär“ sowie
- über die Lebenssituation der Pflegebedürftigen und
- die häuslichen Beschäftigungsbedingungen
- bis hin zur Sozialethik der Pflegearbeit und
- den Möglichkeiten zur Regulierung dieser Arbeitsverhältnisse, die er von der Politik einfordert.

Das letzte Kapitel bietet Hinweise zur 24-Stunden-Pflege für Angehörige.

Kapitel eins beschäftigt sich vorrangig mit den Gründen der Angehörigen für das sich Einlassen auf diese besondere bzw. „problematische“ Beschäftigungsform. Diese werden den Motiven der Live-In-Pflegkräfte gegenüber gestellt und eingebettet in die gesellschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen, die die Entwicklung der prekären Pflegearbeit begünstigen.

Im zweiten Kapitel werden die Vertragspartner (Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Vermittlungsagenturen) vorgestellt sowie die übliche Vermittlungspraxis abgebildet (S. 15).

Kapitel drei greift die Perspektive der Angehörigen auf und geht der Frage, Legalität/Illegalität der Beschäftigungsverhältnisse nach. Dies geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeit und der daraus resultierenden rechtlichen Problematik.

Kapitel vier nimmt die Perspektive der Live-In-Pflegkräfte ein und skizziert ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Dach der Pflegebedürftigen. Dabei wird das besondere Profil der Erwerbsarbeit herausgearbeitet; die Belastungen des Pflegealltags, die dauernde Prä-

senz und Abrufbereitschaft und die Verschränkung des Arbeitsverhältnisses mit den Beziehungen zwischen den Beteiligten (S. 16).

Im Kapitel fünf wird die Pflegearbeit der Live-In-Pflegkräfte sozialwissenschaftlich eingeordnet. Emunds geht der Frage nach „(...) warum die Pflegearbeit gesellschaftlich so wenig wertgeschätzt wird.“ (S. 16). Er begriff sie als eine Form von Sorgearbeit und verortet sie innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (S.16).

Die ethische Sichtweise auf die 24-Stunden-Pflege wird im Kapitel sechs dargestellt. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Qualität der Erwerbsarbeit und ihre Auswirkung auf das Leben der Live-Ins. Emunds nimmt hier eine Bewertung der Qualität nach den Kriterien gerechter und menschenwürdiger Arbeit vor. Deutlich werden Gerechtigkeitsdefizite der 24-Stunden-Pflege sichtbar, ebenso der fehlende Schutz der Pflegekräfte vor menschenunwürdiger Behandlung durch die Arbeitgeber, die auf einen politischen Handlungs- bzw. Regelungsbedarf im Hinblick auf die Weiterentwicklung dieses Pflegearrangements hinweisen (S. 17).

Kapitel sieben ist der politischen Fragestellung gewidmet. Emunds kritisiert die Zurückhaltung der Politik bezogen auf eine gerechtere und menschenwürdigere Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse der 24-Stunden-Pflege und formuliert hierzu selbst einen dreiteiligen Vorschlag (S.17):

1. Sonderregelung bei der Festsetzung der Arbeitszeit;
2. ein an Konditionen gebundener Pflegezuschuss;
3. eine verpflichtende Begleitung der Pflegehaushalte (S. 159-170).

Kapitel acht greift erneut die Angehörigenperspektive auf und unterbreitet einige Hinweise und Empfehlungen für die potentiellen Arbeitgeber zur 24-Stunden-Pflege (S. 17).

Mit der ethischen Herangehensweise an die Bewertung der Qualität der Sorgearbeit gelingt es Emunds, die 24-Stunden-Pflege in ihrer derzeitigen Ausgestaltung in Frage zu stellen, indem er sowohl auf Gerechtigkeitsdefizite in den Beschäftigungsbedingungen als auch auf die Möglichkeit menschenunwürdiger Behandlung der Live-In-Pflegkräfte durch ihre Arbeitgeber hinweist. Damit appelliert er an das Bewusstsein der Gesellschaft, insbesondere an die am Prozess Beteiligten. Offen kritisiert er die deutsche Politik, weil sie sich ihrer Verantwortung entziehe, und er fordert ausdrücklich und mit Nachdruck die Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse der 24-Stunden-Praxis. Seine Vorschläge „aus der Schmutzdecke herauszukommen“, sind ideenreich, aber in Bezug auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen. Der Vorschlag zur Verpflichtung auf Begleitung der Pflegehaushalte als ein notwendiger Schritt scheint am ehesten umsetzbar zu sein.

Durch den appellhaften Charakter werden in diesem Buch die negativen Seiten des zur Debatte stehenden Pflegearrangements stark hervorgehoben und die positiven Aspekte teilweise ausgeblendet. Die umfassende Abbildung der Entwicklung der 24-Stunden-Pflege in Deutschland, die gute Lesbarkeit und klare Struktur machen auf dieses Buch neugierig und laden ein, sich auf das Thema einzulassen.

*Helene Ignatzi, Nürnberg*



## Tierethik

Michael Rosenberger: *Der Traum vom Frieden zwischen Mensch und Tier. Eine christliche Tierethik*, München: Kösel 2015, 240 S., ISBN/EAN: 9783466371358.

Clemens Wustmans: *Tierethik als Ethik des Artenschutzes. Chancen und Grenzen*, Stuttgart: Kohlhammer 2015, 190 S., ISBN/EAN: 9783170256392.

Bereits seit mehreren Jahren gibt es in der Philosophie ein reges Interesse an Tieren – auf theologischer Seite jedoch konnte bislang nicht von dergleichen gesprochen werden. Mit Clemens Wustmans „Tierethik als Ethik des Artenschutzes“ und Michael Rosenbergers „Der Traum vom Frieden zwischen Mensch und Tier“ liegen nun gleich zwei überzeugende Bücher vor, die diesem Desiderat begegnen.

Beide bedienen sich dafür eines dreigliedrigen Zugangs, wie er mit Sehen – Urteilen – Handeln als geradezu klassisch in der Sozialethik und verwandten Disziplinen bezeichnet werden kann. Damit ist den Gemeinsamkeiten aber auch schon wieder Genüge getan, denn sowohl in den Inhalten als auch im grundsätzlichen Ansatz unterscheiden sich die beiden Bücher fundamental, weshalb es angeraten scheint, erst ein jedes einzeln vorzustellen um dann abschließend noch einmal eine Zusammenschau zu wagen.

Wustmans, dessen Buch die überarbeitete Version seiner Dissertation darstellt, interessiert sich für die Frage, ob und wie Artenschutz, also die bewusste Konzentration auf Spezies und nicht Individuen, tierethisch gerechtfertigt werden kann. Hierfür stellt er in einem ersten Schritt die „klassischen“ Positionen (Anthropozentrik bei René Descartes, Immanuel Kant und Arthur Schopenhauer, Biozentrik bei Albert Schweitzer und Paul Warren Taylor sowie Pathozentrik bei Peter Singer, Tom Regan, Jean-Claude Wolf und Ursula Wolf) gekonnt und bewusst kritisch vor. Daneben liegt ein Hauptaugenmerk auf der möglichen Rezeption im christlichen Kontext vor dem Hinter-



grund des dort vertretenen Anthropozentrismus.

Der zweite Schritt ist der Entwicklung einer eigenen Tierethik gewidmet, wofür er knapp (11 Seiten) biblisch-theologische Grundannahmen herausarbeitet. Danach kommt der entscheidende Abschnitt, in dem er eine Verbindung von Hans Jonas Motiv der Verantwortung, Karl Barths Motiv des Gebots und Dietrich Bonhoeffers Verantwortungsethik anstrebt. Das Hauptaugenmerk wird vom Autor dabei auf letzteren gelegt, dem grundsätzlich eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme des Verantwortungsbegriffs in die Ethik zugesprochen wird. Diese Verantwortung gelte es wahrzunehmen in einer vielfach komplizierten und sündhaften Welt. Das einfache Streben nach dem Guten erscheint also utopisch, vielmehr müsse „das Erreichen des ‚relativ Guten‘ gegenüber dem ‚relativ Schlechten‘“ (S. 88) als Ziel an- und wahrgenommen werden. Der Autor selbst sieht und betont an verschiedenen Stellen, dass er um die dagegen formulierte Kritik aus Reihen der Tierschützer weiß, macht aber darauf aufmerksam, dass eine Kehrtwende unter anderem in Bezug auf das exorbitante Massensterben schlicht unmöglich sei.



Im dritten Schritt wird die so generierte Tierethik der Verantwortung auf drei Bereiche angewendet: Zoo als Artenschutzanstalt, Populationsmanagement statt Schutz des Individuums und Ökotourismus als Gegenstand ethischer Urteilsbildung. Dabei kommt der Autor zu Ergebnissen, die auf den ersten Blick bzw. intuitiv nicht zwingend zu sein scheinen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die Frage des „Bread and Cull“ (also die bewusste Aufzucht von „überzähligen“ Jungtieren zu Nahrungszwecken) oder auch die emotional stark aufgeladene Diskussion um Delphinarien verwiesen.

Auf der anderen Seite nun Rosenbergers Buch: Es setzt sich mit dem klassischeren bzw. typischeren Beispiel der Nutztierhaltung (und manchmal erschreckenden Hinweisen auf Parallelen aus der Haustier-/Pet-Haltung) auseinander. Er folgt dabei eher der am einzelnen Tier ausgerichteten individuellen Tierethik. An prominenter Stelle wird darauf verwiesen, dass das vorliegende Buch über viele Jahre hinweg entstanden ist – folgerichtig spiegelt es das Ringen mit sich und anderen um eine angemessene Position deutlich wider. Der Brief an die LandwirtInnen (S. 85) veranschaulicht das Heran-



gehen des Autors, dessen Stil aufgrund der meist einfachen, eingängigen Sprache und des Rückgriffs auf eher unkonventionelle Quellen (Liedtexte von Reinhard May) manchem im ersten Moment als eher unwissenschaftlich erscheinen mag. Sein Interesse am einzelnen Tier macht sich auch am Aufbau des Buches bemerkbar. Anders als Wustmans, der von den unterschiedlichen tierethischen Ansätzen ausgeht, nähert sich Rosenberger ganz klar über die Tiere selbst und damit einhergehend über die Frage, was Tiere ausmacht – und was sie letztlich vom Menschen unterscheidet. Da sich die Mensch-Tier-Differenz offensichtlich, so die herangezogenen Studien, als immer unbedeutender und geringer herausstellt, die Massentierhaltung aber, um die es in dem Buch vor allem geht, durch immer größere Ungerechtigkeit geprägt ist, baut Rosenberger seine Tierethik im zweiten Teil am Gerechtigkeitsbegriff auf. Dazu verweist er zum Beispiel auf die Tatsache, dass ein Schwein „früher“ auch nicht mehr, vielleicht sogar weniger Platz zum Leben hatte, dies aber trotzdem in gewisser Weise gerecht war, weil seine Besitzer ebenfalls unter extremem, heute kaum mehr vorstellbarem Platzmangel litten (S. 148).

Nach einer Zusammenschau biblischer Textstellen zu Tieren, in der sowohl die beiden Schöpfungserzählungen als auch der Bund Gottes mit Noach (und den Tieren!) vertieft dargestellt werden, verortet Rosenberger seinen tierethischen Ansatz in der Leerstelle John Rawls, der die Tiere bewusst und explizit aus seinem Konzept ausgeschlossen hat. Über die theologische Begründung der geschöpflichen Würde (letztlich ist Jesus „inkarniert“, also Fleisch gewor-

den – nicht Mensch (S. 134)) wagt er den Schritt, die Tiere entgegen der Kritik von Nussbaum/Sens als *moral patients* zuzulassen. Wie sehr dieser Tiergerechtigkeit (für die auch verhaltensbiologische Gründe angeführt werden) sowohl bei Nutztieren als auch bei Haustieren/Pets zuwidergehandelt wird, zeigen Vergleiche mit Menschen in Ausnahmesituationen (S. 154 ff.) oder eine Überprüfung der Palette der Grundbedürfnisse und der Chancen zu deren Befriedigung.

Im dritten Teil nun sucht der Autor nach Möglichkeiten, Achtung vor Tieren (auch und vor allem solchen, die gegessen werden) mithilfe von Ritualen wieder neu zu standardisieren. Dass dabei auf das Schächten im jüdischen und muslimischen Glauben rekurriert wird, kann kaum überraschen – eher schon die theoretische Offenheit dieser extrem ritualisierten Tötungsformen für moderne Er rungenschaften wie Betäubung. Doch auch nicht-religiöse Rituale (wie beispielsweise die letzte Fütterung eines Schlachttiers oder die mit der Jagd verbundenen Traditionen) werden in ihrer Bedeutung anerkannt und gewürdigt. Entgegen der Position überzeugter Vegetarier, denen Rosenberger ebenfalls einen Brief widmet, sieht er keinen Zwang zum konsequenten Fleischverzicht. Vielmehr plädiert er für bewussten und reduzierten Konsum tierischer Güter zugunsten der Lebens- (und Fleisch-)Qualität.

So unterschiedlich die Bücher sind, so bemühen sie sich doch beide intensiv darum, die philosophischen Reflexionen um eine theologische Begründung der Tierethik zu ergänzen. Im Sinne der Öffentlichen Theologie suchen beide ständig danach, religiöse Begründungen eben nicht nur als schmückendes Beiwerk im ersten

und letzten Kapitel aufzugreifen, sondern konsistent und konsequent in ihre Argumentation einzubinden. Dies führt auch zum von beiden aufrechterhaltenen anthropozentrischen Ansatz, den Wustmans mit dem Hinweis auf die Verantwortung des modernen Menschen im Kontext des Aussterbens unterschiedlichster Rassen begründet. Rosenberger geht etwas weiter, wenn er Tiergerechtigkeit fordert, die sich im gerechten Nutzen und gerechten Lieben ausdrückt.

Spannend ist die gemeinsame Lektüre der beiden Bücher, wenn sie aus ihren je eigenen Blickwinkeln Schwachstellen des heutigen Handelns und der öffentlichen Wahrnehmung aufdecken, wie dies beispielsweise bei der Bewertung bzw. Unterdrückung des Sexual- und Aufzuchtverhaltens von Tieren in ganz unterschiedlichen Kontexten geschieht. Wustmans kommt zu diesem Ergebnis über die Anregung, den Tieren „wenigstens“ die Aufzucht ihrer Nachkommen als Beschäftigung zu überlassen, wobei er betont, dass dieser Nachwuchs wesentlich bessere Lebensbedingungen hat als dies bei den meisten Futtertieren der Fall ist. Rosenberger verweist sowohl auf die extrem unnatürliche Behandlung bzw. Unterdrückung der Mutter-Kind-Beziehung im Zuchtbetrieb oder auch die A-Sexualisierung von Haustieren/Pets. Bemerkenswert ist auch, wie intensiv die Auseinandersetzung mit theologischen Motiven in beiden Büchern ausfällt, scheint sich dadurch doch fast ein „theological turn“ in der Christlichen Sozialethik zu manifestieren (oder zumindest anzudeuten).

*Julia Blanc, Belfort/Frankreich*

